

nichts dagegen. Aber es scheint, daß auch die Sozialdemokraten in der Kiesinger-Regierung dazu weder den Willen noch die Kraft haben.

Der geschichtlichen Erfahrung, die die europäischen Völker mit unermeßlichen Opfern bezahlen mußten, sollten sich die Staatsmänner in West- und Nordeuropa gerade jetzt erinnern, da aus Bonn als Begleitmusik zur revanchistischen Forderung nach Veränderung des Status quo wieder einmal Friedensschalmeien erschallen.

In der Antwortschrift auf die Kritik zu seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, auf die Genosse Ulbricht bereits einging, schreibt der westdeutsche Philosoph Karl Jaspers, daß die westlichen Völker ausnahmslos in den größten Schrecken geraten würden, sofern die Wiederherstellung eines imperialistischen deutschen Reiches und seiner Militärmacht jemals möglich werden würde. In der Tat, Genossinnen und Genossen, gibt es kaum einen ernstzunehmenden westlichen Staatsmann, der nicht in vertraulichen Verhandlungen und Gesprächen seine Besorgnis über die Entwicklung in Westdeutschland äußern würde.

Angesichts solcher Befürchtungen in West- und Nordeuropa gewinnen die Feststellungen in den von uns abgeschlossenen Freundschafts- und Beislandsverträgen für alle europäischen Völker lebenswichtige Bedeutung, nämlich, daß die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik einen wichtigen Faktor zur Gewährleistung des Friedens darstellt und ihre aktive Friedenspolitik sowie ihre Teilnahme an der internationalen Zusammenarbeit von wesentlicher Bedeutung für die Schaffung eines dauerhaften Systems europäischer Sicherheit sind. Daraus den erforderlichen Schluß zu ziehen und ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik zu normalisieren, das sind die Regierungen in West- und Nordeuropa den Lebensinteressen ihrer eigenen Völker schuldig, das ist ein unabdingbares Grunderfordernis der europäischen Sicherheit.

Um die Anerkennung des Status quo wird auch die westdeutsche Regierung nicht herumkommen, denn ohne Sicherheit gibt es keine echte Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Nur auf der Grundlage des Status quo ist ein Verhältnis friedlicher Koexistenz der beiden politisch und gesellschaftlich gegensätzlichen deutschen Staaten möglich. Ein anderes geregeltes Nebeneinander gibt es nicht und kann es nicht geben. Wer aber den Grundsatz der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht anerkennt, wer mit der Alleinvertretungsanmaßung den imperialistischen Herrschaftsanspruch gegenüber unserem sozialistischen Staat erhebt, eben der stellt